



Terrorismuswatch | #terrorism_watch
www.terrorismuswatch.de
buero@terrorismuswatch.de

TERRORISMUSBEKÄMPFUNG

EL SALVADOR



1. Rechtliche und normativ-institutionelle Basis

Die rechtliche Grundlage der gegenwärtigen Terrorismus- und Sicherheitsbekämpfung in El Salvador wird maßgeblich durch den im März 2022 eingeführten Ausnahmezustand (Estado de Excepción bzw. Régimen de Excepción) bestimmt, der als Reaktion auf einen erheblichen Anstieg bandenbezogener Gewalt beschlossen wurde. Die Verhängung des Ausnahmezustands geschah infolge eines Wochenendes Ende März 2022, an dem zwischen 82 und 87 Menschen durch Angehörige der Mara Salvatrucha (MS-13) getötet wurden. Diese Gewalteskalation bildete den unmittelbaren Anlass für die Einleitung einer grundlegenden Neuausrichtung der staatlichen Sicherheitsarchitektur und die Einführung außerordentlicher Notstandsmaßnahmen. Seit seiner erstmaligen Verabschiedung wird der Ausnahmezustand durch das Parlament in regelmäßigen Abständen verlängert und hat sich dadurch von einer zeitlich begrenzten Krisenmaßnahme zu einem dauerhaften Bestandteil der staatlichen Sicherheitsordnung entwickelt. Dieser Prozess ist eine fortlaufende Verlängerung ohne Unterbrechung beziehungsweise als mittlerweile mehrfach – teilweise mit über vierzig Verlängerungen – erneuerten Ausnahmezustand.

Mit Inkrafttreten des Ausnahmezustands wurden wesentliche verfassungsrechtliche Garantien eingeschränkt oder zeitweise außer Kraft gesetzt. Nach den im Material enthaltenen Darstellungen betrifft dies insbesondere die Versammlungsfreiheit, die Vereinigungsfreiheit sowie das Recht auf Vertraulichkeit der Kommunikation. Gleichzeitig wurden strafprozessuale Schutzmechanismen erheblich verändert. Personen, denen Verbindungen zu kriminellen Banden vorgeworfen werden, können demnach

festgenommen werden, ohne unmittelbar über die Gründe ihrer Inhaftierung informiert zu werden oder unverzüglich Zugang zu einem Rechtsbeistand zu erhalten. Darüber hinaus wurde die zulässige Dauer einer Freiheitsentziehung ohne richterliche Anordnung von zuvor 72 Stunden auf bis zu 15 Tage ausgeweitet. Auf dieser Grundlage verfügen Polizei und Militär über weitreichende Befugnisse zur Durchführung von Festnahmen und Inhaftierungen, ohne dass hierfür eine vorherige richterliche Entscheidung erforderlich ist.

Die institutionelle Legitimation des Ausnahmezustands erfolgt formal durch die Legislative, welche die Notstandsregelung regelmäßig verlängert. Gleichzeitig verweist das Material auf Kritik, wonach die parlamentarische Kontrolle faktisch eingeschränkt sei, da die Legislative nach Einschätzung verschiedener Beobachter weitgehend von der Exekutive dominiert werde. Personelle Veränderungen innerhalb des Obersten Gerichtshofs ermöglichten eine erneute Kandidatur des Präsidenten entgegen der bisherigen Verfassungsauslegung. Diese Entwicklung ist Ausdruck einer zunehmenden Verflechtung von normativer Gesetzgebung, verfassungsrechtlicher Auslegung und exekutiver Entscheidungsgewalt im sicherheitspolitischen Bereich.

Parallel zum Ausnahmezustand erfolgten umfangreiche gesetzgeberische Anpassungen des Straf- und Sicherheitsrechts. Nach den vorliegenden Informationen wurden Strafandrohungen für die Mitgliedschaft in terroristischen beziehungsweise kriminellen Vereinigungen verschärft und Möglichkeiten alternativer Strafvollstreckung eingeschränkt. Ebenso wurden gesetzliche Definitionen erweitert, um Unterstützungsleistungen zugunsten krimineller Organisationen umfassender erfassen zu können. Darüber

hinaus beschreibt das Material Reformen des Antiterrorrechts, die eine Anpassung an internationale Standards vorsehen und Verfahren zur Einstufung terroristischer Organisationen sowie zur Festlegung zuständiger staatlicher Behörden schaffen sollen. Ergänzend wurden strafprozessuale Änderungen eingeführt, welche umfangreiche Sammelverfahren gegen große Gruppen mutmaßlicher Bandenmitglieder ermöglichen. Diese Maßnahmen bilden zusammen mit dem Ausnahmezustand den normativen Kern der gegenwärtigen Sicherheitsarchitektur.

Neben den strafrechtlichen Reformen wurde eine Mediengesetzgebung eingeführt beziehungsweise verschärft, die nach der Berichterstattung über Aktivitäten der Maras strafrechtliche Konsequenzen nach sich ziehen kann. Journalisten, die über Banden berichten, können nach den dargestellten Informationen mit Freiheitsstrafen von bis zu fünfzehn Jahren belegt werden. Gleichzeitig wird ausgeführt, dass die Formulierung der gesetzlichen Regelung nach Einschätzung verschiedener Beobachter so weit gefasst sei, dass grundsätzlich jede Berichterstattung über Banden unter ihren Anwendungsbereich fallen könne. Die normative Grundlage der staatlichen Sicherheitspolitik erstreckt sich damit nach Darstellung des Materials nicht ausschließlich auf Maßnahmen der Strafverfolgung, sondern umfasst zugleich regulatorische Eingriffe in den Bereich der öffentlichen Kommunikation und Informationsvermittlung.

Einen weiteren Bestandteil der rechtlich-institutionellen Sicherheitsarchitektur bildet der Bereich der Bekämpfung von Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung. Das Material beschreibt die Durchführung einer National Risk Assessment (NRA) zur Bewertung der Risiken von Geldwäsche und

Terrorismusfinanzierung. Die Bewertung wird grundsätzlich als geeignet beschrieben, weist jedoch Defizite hinsichtlich der Analyse von Risiken im Zusammenhang mit Terrorismusfinanzierung, virtuellen Vermögenswerten und juristischen Personen auf. Gleichzeitig wird darauf hingewiesen, dass das Verständnis dieser Risiken zwischen den beteiligten Behörden unterschiedlich ausgeprägt sei und insgesamt hinter dem Verständnis klassischer Geldwäscherisiken zurückbleibt.

Zur institutionellen Koordinierung dieses Bereichs wurde nach den vorliegenden Informationen das Interagency Committee for the Prevention of Money Laundering and Terrorist Financing (CIPLAFT) eingerichtet. Ergänzend wurde eine nationale AML/CFT-Strategie verabschiedet, deren Ziel die Umsetzung der im Rahmen der nationalen Risikobewertung identifizierten Prioritäten ist. Obwohl nach Darstellung des Materials ein politisches Bekenntnis auf hoher staatlicher Ebene besteht, waren zahlreiche der seit 2023 eingeleiteten Maßnahmen zum Zeitpunkt der Bewertung noch nicht vollständig umgesetzt. Parallel dazu wurde die Financial Investigation Unit (FIU) organisatorisch und personell gestärkt. Ihre Aufgaben umfassen den Empfang, die Analyse sowie die Weiterleitung von Verdachtsmeldungen und Finanzinformationen an die Generalstaatsanwaltschaft, um Ermittlungen wegen Geldwäsche oder Terrorismusfinanzierung einzuleiten beziehungsweise zu unterstützen. Das Material beschreibt Verbesserungen bei internen Verfahren, Personalqualifikation und technischen Ressourcen der FIU als Bestandteil einer fortschreitenden institutionellen Professionalisierung der Finanzermittlungen.

Die Gesamtheit der dargestellten Regelungen verdeutlicht, dass die rechtliche und institutionelle Architektur der Terrorismus- und Sicherheitsbekämpfung in El Salvador auf einem Zusammenspiel aus dauerhaft verlängertem Ausnahmezustand, umfassenden Änderungen des Straf- und Sicherheitsrechts, erweiterten exekutiven Eingriffsbefugnissen, institutionellen Reformen sowie spezialisierten Strukturen zur Bekämpfung der Terrorismusfinanzierung beruht. Innerhalb dieses Rahmens bilden sowohl klassische Strafverfolgungsinstrumente als auch finanzielle Kontrollmechanismen und regulatorische Maßnahmen im Bereich der öffentlichen Kommunikation Bestandteile eines umfassenden staatlichen Sicherheitsmodells, dessen rechtliche Grundlage durch den fortdauernden Ausnahmezustand geprägt wird.

2. Operative Sicherheitsarchitektur

Die operative Sicherheitsarchitektur El Salvadors ist geprägt von einer weitreichenden Zentralisierung staatlicher Sicherheitsmaßnahmen sowie durch ein enges Zusammenwirken von Polizei, Streitkräften und weiteren Sicherheitsbehörden. Ausgangspunkt der gegenwärtigen operativen Ausrichtung war die nach der Gewalteskalation Ende März 2022 eingeleitete Sicherheitsstrategie, die von der Regierung als Politik der „mano dura“ beziehungsweise des konsequenten staatlichen Durchgreifens beschrieben wird. Innerhalb dieses Konzepts werden Polizei und Militär gemeinsam eingesetzt und mit erheblich erweiterten Befugnissen ausgestattet, um gegen als terroristisch beziehungsweise Banden kriminell eingestufte Strukturen

vorzugehen. Die operative Umsetzung erfolgt landesweit und ist auf die vollständige Wiederherstellung staatlicher Kontrolle über zuvor von Banden beeinflusste Gebiete ausgerichtet.

Ein zentrales Merkmal der Sicherheitsarchitektur ist die enge Verzahnung militärischer und polizeilicher Einsatzformen. Das Material beschreibt eine ausgeprägte Militarisierung der inneren Sicherheit, bei der die traditionellen Grenzen zwischen militärischen und polizeilichen Aufgaben zunehmend verschwimmen. Sicherheitskräfte operieren gemeinsam im Rahmen groß angelegter Einsätze, die sowohl städtische als auch ländliche Räume umfassen. Ergänzend wird darauf verwiesen, dass Angehörige der Streitkräfte zunehmend Funktionen innerhalb staatlicher Verwaltungsstrukturen übernehmen, wodurch militärische Organisationsformen auch auf zivile Bereiche der öffentlichen Verwaltung übertragen werden. Diese Entwicklung wird als Bestandteil einer umfassenden sicherheitspolitischen Neuordnung dargestellt, innerhalb derer militärische Fähigkeiten dauerhaft in die innere Sicherheitsarchitektur integriert werden.

Die operative Vorgehensweise ist durch umfangreiche Festnahme- und Kontrollmaßnahmen gekennzeichnet. Nach den im Material wiedergegebenen Informationen wurden im Verlauf des Ausnahmezustands – je nach Erhebungszeitpunkt und Quelle – zwischen rund 61.000 und mehr als 90.000 mutmaßliche Mitglieder oder Unterstützer krimineller Organisationen festgenommen. Gleichzeitig wird darauf hingewiesen, dass mehrere Tausend der festgenommenen Personen nach Überprüfung wieder freigelassen wurden, nachdem sich die gegen sie erhobenen Vorwürfe nicht bestätigt hatten. Die Sicherheitsbehörden führen ihre Maßnahmen im Rahmen groß angelegter Operationen durch,

bei denen ganze Stadtteile oder Städte durch Polizei- und Militäreinheiten abgesichert, kontrolliert und systematisch durchsucht werden. Bei Einsätzen sind mehrere Tausend Soldaten gemeinsam mit Hunderten beziehungsweise Tausenden Polizeibeamten unterwegs, die Wohngebiete absichern, Häuser durchsuchen, Identitätskontrollen durchführen und mutmaßliche Bandenmitglieder festnehmen. Diese Operationen erfolgen nach einem Muster großflächiger Abriegelungen, die darauf abzielen, Fluchtmöglichkeiten zu verhindern und eine vollständige Kontrolle des jeweiligen Einsatzgebietes zu gewährleisten. Nach Darstellung des Materials dienen diese Maßnahmen der Neutralisierung verbliebener Bandenstrukturen sowie der Wiederherstellung territorialer Kontrolle durch den Staat.

Die operative Architektur umfasst darüber hinaus eine kontinuierliche Präsenz staatlicher Sicherheitskräfte im gesamten Staatsgebiet. Nach den Angaben des Materials verfolgt die Regierung das Ziel, den Ausnahmezustand solange aufrechtzuerhalten, bis sämtliche Mitglieder der Maras festgenommen worden sind. Diese Zielsetzung ist nicht an einen festen zeitlichen Rahmen gebunden und begründet nach den vorliegenden Informationen den dauerhaften Einsatz von Polizei und Militär. Die Sicherheitskräfte operieren somit nicht im Rahmen zeitlich begrenzter Einzelmaßnahmen, sondern innerhalb eines fortlaufenden Sicherheitsmodus, der auf eine langfristige und flächendeckende Bekämpfung organisierter krimineller Strukturen ausgerichtet ist.

Ein wesentlicher Bestandteil der operativen Sicherheitsarchitektur ist der Ausbau der Haftinfrastruktur. Als zentrales Element ist das im Februar 2023 eröffnete Centro de Confinamiento del Terrorismo (CECOT) in der Nähe von

Tecoluca. Mit einer Kapazität von bis zu 40.000 Insassen wird diese Einrichtung als größter Gefängnis-Komplex Lateinamerikas dargestellt. Die Unterbringungsbedingungen werden dahingehend beschrieben, dass Besuche ausgeschlossen sind, Gefangene die Einrichtung nicht im Freien verlassen und weder Bildungs- noch Ausbildungsprogramme zur Vorbereitung einer Wiedereingliederung angeboten werden. Gerichtsverhandlungen finden nach den vorliegenden Informationen teilweise ausschließlich per Videoschaltung statt. Ergänzend wird berichtet, dass der Mobilfunkempfang im Umfeld der Einrichtung technisch unterbunden wird, um Kommunikationsmöglichkeiten nach außen einzuschränken. Der Ausbau dieser Hochsicherheitskapazitäten bildet einen zentralen operativen Baustein der staatlichen Inhaftierungsstrategie.

Neben den physischen Sicherheitsmaßnahmen beschreibt das Material auch operative Elemente der finanziellen Gefahrenabwehr. Innerhalb der Sicherheitsarchitektur übernimmt die Financial Investigation Unit (FIU) die Aufgabe, Verdachtsmeldungen und weitere Finanzinformationen entgegenzunehmen, auszuwerten und an die Generalstaatsanwaltschaft weiterzuleiten. Die im Material dargestellten organisatorischen Verbesserungen der FIU führten zu einer höheren Qualität und größeren Quantität der gewonnenen Erkenntnisse und bilden die Grundlage für weiterführende Ermittlungen im Bereich der Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung. Die institutionelle Weiterentwicklung dieser Einheit wird als fortlaufender Prozess beschrieben und ergänzt die klassischen repressiven Maßnahmen der Polizei und des Militärs um finanzielle Ermittlungsinstrumente.

Hervorgehoben werden kann die Vereinbarung zur Einrichtung einer gemeinsamen zentralamerikanischen Spezialeinheit zur Bekämpfung von Drogenhandel, Bandengewalt und Terrorismus. Diese Struktur soll den gemeinsamen Umgang mit transnationalen Bedrohungen ermöglichen und wird durch den Aufbau gemeinsamer Datenbanken sowie technischer Systeme zur Nachverfolgung von Personen- und Warenbewegungen unterstützt. Die Möglichkeit, dass internationale terroristische Gruppierungen zentralamerikanisches Territorium nutzen könnten, wird dabei ausdrücklich als sicherheitspolitisches Szenario genannt, auf welches diese Kooperationsmechanismen ausgerichtet sind.

Ein weiterer operativer Aspekt betrifft die Nutzung moderner Technologien innerhalb der Sicherheitsarchitektur. Das Material verweist darauf, dass die Sicherheitskräfte ihre Einsatzkräfte in Echtzeit lokalisieren können und dadurch über ein fortgeschrittenes Lagebild verfügen. Gleichzeitig werden technologische Systeme für den Justizvollzug erprobt und internationale Erfahrungen im Bereich künstlicher Intelligenz ausgewertet, um langfristig die Steuerung sicherheitsrelevanter Prozesse zu modernisieren. Diese Entwicklungen ergänzen die klassische operative Gefahrenabwehr um digitale und informationsgestützte Instrumente und verdeutlichen die zunehmende Bedeutung technologischer Fähigkeiten innerhalb der Sicherheitsarchitektur El Salvadors.

In ihrer Gesamtheit zeigt die operative Sicherheitsarchitektur ein umfassendes System staatlicher Gefahrenabwehr, das auf der engen Zusammenarbeit von Polizei, Militär, Strafverfolgungsbehörden, Finanzermittlungsstellen und spezialisierten Haftstrukturen beruht. Charakteristisch sind der

dauerhafte Einsatz groß angelegter Sicherheitsoperationen, die massenhafte Durchführung von Festnahmen, der Ausbau hochgesicherter Inhaftierungskapazitäten, die institutionelle Stärkung finanzieller Ermittlungsbehörden sowie die zunehmende Integration regionaler Kooperationen und moderner Technologien in die operative Sicherheitssteuerung.

3. Strategische Instrumente der Terrorismusbekämpfung

Die Terrorismus- und Bandenbekämpfung in El Salvador basiert auf einer langfristig angelegten Sicherheitsstrategie, die repressive Strafverfolgung, institutionelle Reformen, territoriale Kontrolle sowie den Ausbau staatlicher Sicherheitskapazitäten miteinander verbindet. Den strategischen Kern bildet die Zielsetzung, die operativen und organisatorischen Strukturen krimineller beziehungsweise als terroristisch eingestufte Gruppierungen dauerhaft zu zerschlagen und die uneingeschränkte Kontrolle des Staates über das gesamte Staatsgebiet wiederherzustellen. Hierzu werden außerordentliche Sicherheitsmaßnahmen nicht als kurzfristige Krisenreaktion verstanden, sondern als Bestandteil einer langfristigen staatlichen Sicherheitsstrategie, deren Fortführung an die vollständige Neutralisierung der Bandenstrukturen geknüpft wird.

Ein zentrales strategisches Instrument besteht in der Kombination aus Massenfestnahmen und langfristiger Inhaftierung. Die Sicherheitsstrategie sieht vor, mutmaßliche Mitglieder krimineller Organisationen in großem Umfang festzunehmen und dauerhaft in speziell errichteten Hochsicherheitseinrichtungen unterzubringen. Der Ausbau der Gefängnisinfrastruktur, insbesondere des Centro de

Confinamiento del Terrorismo (CECOT), stellt dabei einen wesentlichen Bestandteil der Gesamtstrategie dar. Die Errichtung dieser Einrichtung dient nicht ausschließlich der Bewältigung steigender Gefangenenzahlen, sondern bildet zugleich einen strukturellen Bestandteil einer langfristigen Sicherheitsarchitektur, die auf die dauerhafte Isolierung krimineller Strukturen ausgerichtet ist. Die fehlenden Resozialisierungs-, Bildungs- oder Ausbildungsprogramme innerhalb der Einrichtung verdeutlichen den Schwerpunkt auf sicherheitsorientierter Verwahrung gegenüber einer auf Wiedereingliederung ausgerichteten Vollzugspolitik.

Die strategische Ausrichtung umfasst darüber hinaus eine intensive öffentliche Kommunikationspolitik. Bilder inhaftierter Bandenmitglieder sowie Informationen über groß angelegte Sicherheitsoperationen und hohe Festnahmezahlen werden gezielt veröffentlicht, um Abschreckung gegenüber kriminellen Organisationen zu erzeugen und gleichzeitig die gesellschaftliche Unterstützung für den sicherheitspolitischen Kurs der Regierung zu stärken. Die öffentliche Darstellung der Sicherheitsmaßnahmen ist eng mit der politischen Kommunikation verbunden und dient der Vermittlung staatlicher Handlungsfähigkeit sowie der Legitimation der fortgesetzten Anwendung außergewöhnlicher Sicherheitsmaßnahmen. Gleichzeitig wird die Person des Präsidenten in der öffentlichen Kommunikation als zentrale Führungsfigur der Sicherheitsstrategie hervorgehoben, wodurch operative Erfolge unmittelbar mit der politischen Führung verknüpft werden.

Als wesentliche strategische Erfolgsindikatoren werden insbesondere der deutliche Rückgang der Tötungsdelikte sowie die Wiederherstellung staatlicher Kontrolle in zuvor von

Banden dominierten Gebieten hervorgehoben. Nach den vorliegenden Informationen sank die Mordrate innerhalb weniger Jahre erheblich, während zugleich von einer deutlichen Verringerung territorialer Kontrolle krimineller Organisationen, rückläufiger Erpressungskriminalität sowie einer verbesserten Sicherheitslage in zahlreichen Gemeinden berichtet wird. Diese Entwicklungen werden als zentrale Legitimationsgrundlage für die Fortführung der Sicherheitsstrategie genutzt und bilden einen wesentlichen Bestandteil ihrer politischen und gesellschaftlichen Rechtfertigung.

Neben den repressiven Maßnahmen verfolgt die Regierung einen strategischen Modernisierungsansatz im Bereich der öffentlichen Sicherheit. Im Mittelpunkt stehen die Einführung neuer Technologien, die Digitalisierung sicherheitsrelevanter Prozesse sowie die Nutzung künstlicher Intelligenz zur Unterstützung staatlicher Sicherheitsbehörden. Hierzu werden internationale Erfahrungen ausgewertet und technologische Entwicklungen aus verschiedenen Weltregionen analysiert. Spezialisten wurden entsandt, um moderne Anwendungen künstlicher Intelligenz zu untersuchen und deren mögliche Integration in die nationale Sicherheitsarchitektur vorzubereiten. Parallel werden neue technische Systeme im Strafvollzug erprobt, um Überwachungs- und Verwaltungsprozesse effizienter zu gestalten. Diese Maßnahmen markieren den Übergang von einer ausschließlich repressiven Gefahrenabwehr hin zu einer stärker technologiebasierten Sicherheitssteuerung.

Ein weiterer strategischer Bestandteil ist der sogenannte „7-Step Territorial Control Plan“, der als übergeordnetes sicherheitspolitisches Rahmenkonzept zur Wiederherstellung

staatlicher Kontrolle über das gesamte Staatsgebiet dient. Der Plan verfolgt einen umfassenden Ansatz, der über einzelne Polizeioperationen hinausgeht und langfristig auf die Stabilisierung staatlicher Sicherheitsstrukturen sowie die dauerhafte Präsenz staatlicher Institutionen in vormals von kriminellen Organisationen kontrollierten Gebieten abzielt. Er bildet den organisatorischen Rahmen für die Koordinierung operativer Maßnahmen und die schrittweise Konsolidierung staatlicher Kontrolle.

Im Bereich der Terrorismusfinanzierung ergänzt eine nationale Strategie zur Bekämpfung von Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung die klassische Sicherheitsstrategie. Auf Grundlage der nationalen Risikobewertung wurden Prioritäten für Präventions- und Kontrollmaßnahmen definiert und institutionelle Koordinierungsmechanismen eingerichtet. Die Stärkung der Financial Investigation Unit sowie die Verbesserung interner Verfahren und technischer Ressourcen sollen die Identifizierung verdächtiger Finanzströme erleichtern und dadurch Ermittlungen gegen Terrorismusfinanzierung und organisierte Kriminalität unterstützen. Trotz bereits eingeleiteter Reformen befanden sich verschiedene Maßnahmen zum Bewertungszeitpunkt noch in der Umsetzung.

Schließlich wird die gegenwärtige Sicherheitsstrategie auch vor dem Hintergrund ihrer historischen Entwicklung dargestellt. Vor Einführung des gegenwärtigen sicherheitspolitischen Kurses bestanden informelle Vereinbarungen zwischen staatlichen Stellen und führenden Mara-Strukturen, die auf eine Reduzierung der Gewalt im Austausch gegen bestimmte Vergünstigungen für inhaftierte oder führende Bandenmitglieder abzielten. Der Zusammenbruch dieser

Arrangements infolge der Gewaltereignisse im März 2022 markierte den Übergang zu einer vollständig repressiven Sicherheitsstrategie, die auf umfassende Strafverfolgung, dauerhafte Inhaftierung und den weitgehenden Verzicht auf Verhandlungsansätze setzt. Dadurch wandelte sich die staatliche Strategie von punktuellen Verständigungen mit kriminellen Akteuren hin zu einem Konzept der vollständigen Zerschlagung ihrer organisatorischen Strukturen.

4. Internationale Kooperation

Die internationale Zusammenarbeit bildet einen ergänzenden Bestandteil der salvadorianischen Terrorismus- und Sicherheitsstrategie und umfasst sowohl regionale als auch bilaterale sowie multilaterale Kooperationsformate. Im Mittelpunkt stehen der Informationsaustausch, die Stärkung institutioneller Fähigkeiten, die Bekämpfung transnationaler Kriminalität sowie die Zusammenarbeit im Bereich Terrorismusfinanzierung. Da organisierte Kriminalität und terroristische Netzwerke grenzüberschreitend agieren, verfolgt El Salvador das Ziel, nationale Sicherheitsmaßnahmen durch internationale Partnerschaften zu ergänzen und die Zusammenarbeit mit ausländischen Sicherheitsbehörden auszubauen.

Ein zentraler Schwerpunkt liegt auf der regionalen Zusammenarbeit innerhalb Mittelamerikas. Die zentralamerikanischen Staaten vereinbarten die Einrichtung einer gemeinsamen Spezialeinheit zur Bekämpfung von Drogenhandel, Bandengewalt und Terrorismus. Ziel dieser Kooperation ist die koordinierte Bekämpfung transnationaler Bedrohungen sowie die Verbesserung gemeinsamer

operativer Fähigkeiten. Ergänzend werden gemeinsame Datenbanken aufgebaut und technische Systeme weiterentwickelt, um Bewegungen von Personen, Fahrzeugen und Waren grenzüberschreitend nachvollziehen zu können. Dadurch sollen Sicherheitsbehörden Informationen schneller austauschen und grenzüberschreitende Ermittlungen effizienter durchführen können.

Ein weiterer Schwerpunkt der internationalen Zusammenarbeit betrifft den Bereich der Terrorismusfinanzierung und Geldwäschebekämpfung. Im Rahmen der nationalen AML/CFT-Strategie orientiert sich El Salvador an internationalen Standards und arbeitet mit verschiedenen internationalen Partnern zusammen, um Finanzströme besser analysieren und verdächtige Transaktionen identifizieren zu können. Die Financial Investigation Unit fungiert dabei als zentrale nationale Schnittstelle für den Austausch finanzrelevanter Informationen und kooperiert mit anderen Behörden, um Ermittlungen im Bereich Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung zu unterstützen. Gleichzeitig dient das Interagency Committee for the Prevention of Money Laundering and Terrorist Financing (CIPLAFT) der Koordinierung der beteiligten staatlichen Institutionen und der Umsetzung internationaler Vorgaben im Bereich der Finanzsicherheit.

Darüber hinaus beteiligt sich El Salvador an internationalen Ausbildungs- und Fortbildungsprogrammen für Strafverfolgungsbehörden. Hervorgehoben wird insbesondere die International Law Enforcement Academy (ILEA) in San Salvador, die durch die Vereinigten Staaten unterstützt wird. Die Einrichtung dient der Aus- und Weiterbildung von Sicherheits- und Strafverfolgungsbehörden verschiedener

Staaten und fördert den Aufbau grenzüberschreitender Netzwerke sowie den Austausch bewährter Verfahren im Bereich der Kriminalitäts- und Terrorismusbekämpfung. Durch diese Zusammenarbeit sollen die fachlichen Kompetenzen nationaler Sicherheitsbehörden gestärkt und die internationale Kooperation im Bereich der Strafverfolgung intensiviert werden.

Auch im technologischen Bereich sucht El Salvador den internationalen Austausch. Die Regierung verfolgt das Ziel, moderne Sicherheitstechnologien sowie Anwendungen künstlicher Intelligenz in die nationale Sicherheitsarchitektur zu integrieren. Zu diesem Zweck wurden internationale Erfahrungen ausgewertet und Fachkräfte unter anderem nach China entsandt, um dortige Entwicklungen im Bereich künstlicher Intelligenz und digitaler Sicherheitslösungen zu analysieren. Die gewonnenen Erkenntnisse sollen langfristig zur Modernisierung staatlicher Sicherheitsstrukturen sowie zur Verbesserung operativer Fähigkeiten beitragen. Gleichzeitig wird der sicherheitspolitische Dialog mit weiteren internationalen Partnern fortgeführt, um technologische Innovationen und internationale Erfahrungen für die Weiterentwicklung des nationalen Sicherheitsmodells nutzbar zu machen.

Eine besondere Bedeutung kommt der bilateralen Zusammenarbeit mit den Vereinigten Staaten zu. Im Zusammenhang mit dem Hochsicherheitsgefängnis CECOT bot die salvadorianische Regierung den USA an, aus den Vereinigten Staaten abgeschobene Personen in dieser Einrichtung unterzubringen. In diesem Zusammenhang wurden im Jahr 2025 Hunderte mutmaßliche Mitglieder der venezolanischen Gruppierung Tren de Aragua nach El

Salvador überstellt. Für die Unterbringung dieser Personen erhielt El Salvador nach Medienberichten finanzielle Ausgleichszahlungen der US-Regierung. Die Kooperation führte jedoch zu einer kontroversen Diskussion über die völkerrechtliche Verantwortung für die überstellten Personen. Während salvadorianische Stellen erklärten, die rechtliche Verantwortung verbleibe bei den US-Behörden, vertraten Vertreter der Vereinigten Staaten teilweise die Auffassung, dass die Zuständigkeit mit der Überstellung auf El Salvador übergegangen sei. Diese unterschiedlichen Rechtsauffassungen verdeutlichen bestehende Unsicherheiten hinsichtlich der internationalen Verantwortlichkeit innerhalb dieser Form bilateraler Sicherheitskooperation.

Neben operativen Kooperationen bestehen internationale Beziehungen auch im Bereich humanitärer und entwicklungspolitischer Zusammenarbeit. Das Internationale Komitee vom Roten Kreuz unterstützt staatliche Behörden unter anderem bei gerichtsmedizinischen Identifizierungsverfahren sowie beim Umgang mit den Folgen bewaffneter Gewalt. Darüber hinaus fördert die Europäische Union verschiedene Programme zur Stärkung staatlicher Fähigkeiten, insbesondere im Bereich der Cybersicherheit. Projekte wie „CYBERLAMARR“ dienen dem Ausbau technologischer Kompetenzen und ergänzen die nationale Sicherheitsarchitektur durch internationale Expertise und finanzielle Unterstützung. Gleichzeitig setzen internationale Organisationen ihre Tätigkeit trotz veränderter gesetzlicher Rahmenbedingungen fort und leisten Unterstützung in Bereichen wie Katastrophenschutz, institutioneller Beratung und humanitärer Hilfe.

Insgesamt zeigt sich, dass die internationale Kooperation El Salvadors auf mehreren Ebenen erfolgt. Regionale Sicherheitszusammenarbeit, internationale Ausbildungsprogramme, Kooperationen im Bereich der Terrorismusfinanzierung, technologische Partnerschaften sowie bilaterale Vereinbarungen mit den Vereinigten Staaten ergänzen die nationale Sicherheitsstrategie. Gleichzeitig verdeutlichen einzelne Kooperationsformen, insbesondere im Zusammenhang mit internationalen Gefangenentransfers, dass grenzüberschreitende Sicherheitsmaßnahmen neue rechtliche und politische Herausforderungen mit sich bringen und internationale Abstimmungsprozesse weiterhin von zentraler Bedeutung bleiben.

5. Kritische Würdigung und Risiken

Die gegenwärtige Terrorismus- und Sicherheitsstrategie El Salvadors gilt als eine der konsequentesten und zugleich umstrittensten Sicherheitsstrategien Lateinamerikas. Während staatliche Stellen die erheblichen Rückgänge der Gewaltkriminalität und die Wiederherstellung staatlicher Kontrolle als Beleg für den Erfolg der Maßnahmen hervorheben, weisen nationale und internationale Beobachter auf erhebliche rechtsstaatliche, menschenrechtliche und institutionelle Risiken hin. Die Bewertung der Strategie fällt daher unterschiedlich aus und bewegt sich zwischen einer sicherheitspolitischen Erfolgsgeschichte und einer kritischen Diskussion über die langfristigen Folgen für Demokratie und Rechtsstaatlichkeit.

Zu den wichtigsten positiven Entwicklungen zählt die deutliche Verbesserung der inneren Sicherheitslage. Nach jahrelanger Dominanz der Mara-Strukturen konnten zahlreiche zuvor von

kriminellen Organisationen kontrollierte Gebiete wieder unter staatliche Kontrolle gebracht werden. Gleichzeitig ging die Zahl der Tötungsdelikte erheblich zurück, wodurch El Salvador heute eine der niedrigsten Mordraten seiner jüngeren Geschichte aufweist. Darüber hinaus berichten zahlreiche Bürger über ein gestiegenes Sicherheitsgefühl sowie über eine verbesserte Bewegungsfreiheit in Regionen, die zuvor von Erpressung, Einschüchterung und Bandengewalt geprägt waren. Diese Entwicklungen werden als wesentliche Erfolge der staatlichen Sicherheitsstrategie angesehen und tragen wesentlich zu ihrer hohen gesellschaftlichen Unterstützung bei.

Den sicherheitspolitischen Erfolgen stehen jedoch erhebliche rechtsstaatliche Herausforderungen gegenüber. Der über einen langen Zeitraum fortgesetzte Ausnahmezustand hat zu weitreichenden Einschränkungen verfassungsmäßiger Grundrechte geführt. Die erweiterten Befugnisse von Polizei und Militär sowie die Verlängerung der zulässigen Dauer einer Freiheitsentziehung ohne richterliche Entscheidung haben nach Einschätzung zahlreicher Beobachter die rechtsstaatlichen Kontrollmechanismen erheblich geschwächt. Kritisiert wird insbesondere, dass die außergewöhnlichen Notstandsmaßnahmen zunehmend den Charakter dauerhafter Regelungen angenommen haben und dadurch das Gleichgewicht zwischen Sicherheit und individuellen Freiheitsrechten verändert wurde.

Ein weiterer Kritikpunkt betrifft die hohe Zahl der Festnahmen. Obwohl die Sicherheitsmaßnahmen zu einer erheblichen Schwächung der Bandenstrukturen beigetragen haben, wurden auch zahlreiche Personen inhaftiert, gegen die sich die Vorwürfe später nicht bestätigten. Mehrere Tausend

Festgenommene wurden nachträglich wieder freigelassen. Menschenrechtsorganisationen kritisieren in diesem Zusammenhang unzureichende Beweise, pauschale Verdachtsannahmen sowie eingeschränkte Möglichkeiten einer wirksamen gerichtlichen Überprüfung der Inhaftierungen. Diese Entwicklungen bergen das Risiko von Fehlentscheidungen und können das Vertrauen in rechtsstaatliche Verfahren beeinträchtigen.

Auch die Haftbedingungen stehen im Mittelpunkt internationaler Kritik. Insbesondere das Hochsicherheitsgefängnis CECOT wird aufgrund der strengen Unterbringungsbedingungen kontrovers bewertet. Kritisiert werden unter anderem der Ausschluss regelmäßiger Besuche, das Fehlen von Resozialisierungs- und Bildungsangeboten sowie die langfristige Isolierung der Gefangenen. Internationale Menschenrechtsorganisationen sehen hierin mögliche Verstöße gegen internationale Mindeststandards des Strafvollzugs und warnen vor den langfristigen Folgen einer ausschließlich sicherheitsorientierten Inhaftierungspolitik.

Neben menschenrechtlichen Fragen werden auch institutionelle Risiken diskutiert. Die Konzentration sicherheitspolitischer Entscheidungsbefugnisse innerhalb der Exekutive sowie die zunehmende Rolle des Militärs im Bereich der inneren Sicherheit werden als mögliche Belastung für die Gewaltenteilung bewertet. Gleichzeitig wird darauf hingewiesen, dass parlamentarische und gerichtliche Kontrollmechanismen nur eingeschränkt wirksam seien und dadurch langfristig die institutionelle Balance des politischen Systems beeinträchtigt werden könnte. Diese Entwicklungen werfen die Frage auf, in welchem Umfang außergewöhnliche

Sicherheitsmaßnahmen mit den Anforderungen eines demokratischen Rechtsstaates vereinbar sind.

Im Bereich der Terrorismusfinanzierung bestehen trotz eingeleiteter Reformen weiterhin strukturelle Herausforderungen. Zwar wurden die nationale Risikobewertung, die nationale AML/CFT-Strategie sowie die institutionellen Kapazitäten der Financial Investigation Unit weiterentwickelt, jedoch bestehen weiterhin Defizite bei der Bewertung einzelner Risikobereiche, insbesondere im Zusammenhang mit Terrorismusfinanzierung, virtuellen Vermögenswerten und komplexen Unternehmensstrukturen. Zudem befanden sich verschiedene Maßnahmen zum Zeitpunkt der Bewertung noch in der Umsetzung, sodass die Wirksamkeit einzelner Reformen noch nicht abschließend beurteilt werden konnte.

Schließlich bestehen auch außen- und völkerrechtliche Herausforderungen. Die Zusammenarbeit mit internationalen Partnern, insbesondere im Zusammenhang mit der Überstellung ausländischer Gefangener nach El Salvador, hat Diskussionen über Zuständigkeiten, menschenrechtliche Verantwortung und die Einhaltung internationaler Verpflichtungen ausgelöst. Unterschiedliche Auffassungen über die rechtliche Verantwortung für überstellte Personen verdeutlichen, dass neue Formen internationaler Sicherheitskooperation zusätzliche rechtliche Fragestellungen aufwerfen und einer klaren internationalen Regelung bedürfen.

Zusammenfassend zeigt die Terrorismusbekämpfung El Salvadors, dass konsequente und zentral gesteuerte Sicherheitsmaßnahmen innerhalb kurzer Zeit erhebliche Verbesserungen der öffentlichen Sicherheit bewirken können.

Gleichzeitig verdeutlicht das Beispiel, dass eine dauerhaft erfolgreiche Counterterrorism-Strategie nicht allein an operativen Erfolgen gemessen werden kann. Ebenso entscheidend sind die Wahrung rechtsstaatlicher Prinzipien, der Schutz der Menschenrechte, wirksame Kontrollmechanismen sowie die langfristige institutionelle Stabilität. Die zukünftige Entwicklung wird daher maßgeblich davon abhängen, ob es gelingt, die erreichten Sicherheitsgewinne dauerhaft mit rechtsstaatlichen Standards und international anerkannten Prinzipien demokratischer Regierungsführung in Einklang zu bringen.

TERRORISMUSBEKÄMPFUNG

EL SALVADOR

